

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Putschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7 Jannowitz 3909. Postcheckkonto Berlin Nr. 60460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 260 B

BERLIN • Freitag, den 4. November 1932

1. JAHRGANG

# Wie man mit Papen umspringen muß.

## Die amerikanischen Arbeiterparteien im Wahlkampf.

Von Herbert Reinemann

Bei der amerikanischen Präsidentenwahl, am 8. November, interessiert uns, wie wir neulich schrieben, das Ergebnis, das die beiden Arbeiterparteien erzielen werden. Die besonderen Schwierigkeiten, mit denen die Arbeiterparteien in den USA zu kämpfen haben, haben wir vor einigen Tagen erörtert.

Die Sozialistische Partei hat bisher nur zweimal etwas über 900 000 Stimmen erzielt (1912 und 1920). Nach der Wahl von 1920 erlitt sie außerordentliche Einbußen; teils wegen des Abgangs von Mitgliedern zur damals neuen Kommunistischen Partei; teils deswegen, weil die Sozialisten für die Wahl von 1924 eine Koalition mit einer vorübergehend auftauchenden bürgerlichen Splitterpartei, den „Progressiven“, eingingen, um einen weitbekannten „Liberalen“, Robert La Follette, durchzubringen (der in der Tat die verhältnismäßig hohe Stimmenzahl von 4 823 000 auf sich vereinigte). Infolge dieser Koalition trat die Sozialistische Partei selber 1924 in den Hintergrund und verlor daraufhin an Prestige, Stimmen und Mitgliedern. In der Präsidentenwahl von 1928, in der sie mit Norman Thomas wieder einen eigenen Kandidaten aufstellte, erzielte sie nur 267 000 Stimmen. Aber seitdem hat sie ihre Organisation beträchtlich gestärkt und in verschiedenen Teilen des Landes bei Kommunalwahlen und der Besetzung von Kommunalämtern Fortschritte gemacht. Bei dieser Sachlage wäre es ein beträchtlicher Fortschritt, wenn — wie einige Schätzungen lauten — Norman Thomas diesmal 2 000 000 Stimmen erzielen würde.

Die Kommunisten, die es noch niemals auf 50 000 Stimmen gebracht haben, haben ebenfalls wieder ihren Kandidaten von 1928 (und 1924) aufgestellt: William Z. Foster. Als Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten haben sie diesmal einen Neger, James Ford, nominiert. Daher und im Hinblick auf den Prozeß der sechs Neger-Jungen von Scottsborough rechnen die Kommunisten auf Anklang bei der schwarzen Bevölkerung. Eine Schätzung geht dahin, daß Foster etwa 250 000 Stimmen erzielen würde.

### Die Wahlprogramme.

Natürlich beschäftigt die Arbeitslosigkeit auch drüben sämtliche Parteien. Während die

#### Kommunistische Partei

allgemein die Diktatur des Proletariats fordert, stellt die

#### Sozialistische Partei

Einzelforderungen auf: 5 Milliarden Dollar sollen für direkte Arbeitslosenunterstützung bereitgestellt werden, in Ergänzung der Leistungen der Einzelstaaten und der Kommunen. Weiterer 5 Milliarden sollen für Arbeitsbeschaffung ausgegeben werden, insbesondere für Straßen und Häuser und die Produktion von Nahrungsmitteln und Beleuchtungsmitteln zum Gebrauch der Arbeitslosen.

#### Die Republikanische Partei

will für Arbeitslosenunterstützung nur 300 Millionen Dollar bereitstellen, und auch das nur in Form von Vorschüssen an die Einzelstaaten. Die Arbeitsbeschaffung soll sich nur im bisherigen Rahmen bewegen, wonach Vorschüsse für „produktive“ Zwecke gewährt werden, also nicht für die (kostenfreie) Belieferung der Arbeitslosen.

#### Die Demokratische Partei

nimmt im allgemeinen eine verschwommene Stellung ein. Dagegen tritt sie ausdrücklich für Arbeitslosen- und Altersversicherung der Arbeiterschaft ein, — eine alte Forderung der Sozialistischen Partei und auch der Kommunistischen Partei. Allerdings fordern die beiden Arbeiterparteien, daß diese Versicherung zu Lasten des Staates und der Unternehmer gehen soll; dieser Zusatz fehlt bei der Demokratischen Partei.

In der Frage des Alkoholverbots, der Prohibition, ist die Haltung der Republikaner zweideutig. Die Demokraten kommen der herrschenden Meinung entgegen, indem sie einfach die Aufhebung des Alkoholverbots verlangen, und in allgemeinen Redewendungen Maßnahmen zu Gunsten der Mäßigkeit in Aussicht stellen. Das kommunistische Programm schweigt über diesen Punkt. Die Sozialisten machen einen

## Was Braun von Held lernen kann.

Wir bringen an anderer Stelle die Kampfansage des bayerischen Ministerpräsidenten an Papen, der zu dieser bis Donnerstag mittag die Sprache noch nicht gefunden hatte, außerdem die vorliegenden Mitteilungen über den Konflikt Papen-Braun. Braun und Severing können von Held lernen. Braun antwortet auf die zum Teil beleidigenden Erklärungen der Reichsregierung gegen ihn bisher nur in mehr als zahmen Verlautbarungen.

Held hingegen wendet sich an die Öffentlichkeit, nachdem er erfahren hat, daß Worte Papens und der Seinen nichts gelten, daß es also keinen Sinn hat, sich mit ihnen zu unterhalten.

Wann werden Braun und Severing dies begreifen? Wir sind der Ansicht, daß das Verhalten Held's, das ja nur die Alternative zuläßt zwischen einem offenen

### AUS DEM INHALT:

Der Maulkorb der faschistischen Presse.  
Geist von Gayl beherrscht den Äther.  
„Der Führer spricht um 9,15.“  
Die KPD zum sozialdemokratischen Volksbegehren.  
Das chinesische Agrarproblem.

Bruch oder einem Rückzug eines der beiden Gegner, geeignet ist, Papen zum Rückzug zu bewegen.

Held sollte von Braun in der gleichen entscheidenden Weise unterstützt werden! Dann würde auch die Arbeiterschaft mobil werden.

## Verkehrsstreik in Berlin.

### Gesamter Stadtverkehr lahmgelegt!

R. H. Die am Mittwoch vorgenommene Urabstimmung bei der BVG, an der sich von insgesamt 21 900 bei der BVG Beschäftigten 18 531 beteiligten, ergab eine

überwältigende Mehrheit für den Streik.

Dabei ist zu bedenken, daß nach dem Urlaubsplan der BVG stets ein Zwölftel der Beschäftigten frei hat oder Ferien macht; außerdem sind durchschnittlich 5 Prozent krank (die Verkehrsarbeiter sind ja Krankheiten, insbesondere Erkältungskrankheiten, besonders ausgesetzt). Rechnet man diese Arbeiter von der Gesamtzahl der BVG-Belegschaft ab, so kamen für die Urabstimmung nur 19 071 tatsächlich Dienstatuende in Frage. Davon gaben 18 537 Stimmen ab. Der Abstimmung ferngeblieben sind also nur 530 Stimmberechtigte!

Für den Streik stimmten 14 471, für den Lohnabbau nur 3993 Stimmen, 73 Stimmen waren ungültig.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen müssen bei einer Urabstimmung 75 Prozent der Beschäftigten ihre Stimmen abgegeben haben. Das ist der Fall, selbst dann, wenn man die Beurlaubten und Kranken als Stimmberechtigte mitrechnet.

Die Freien Gewerkschaften (der Gesamtverband) haben sich wieder einmal gegen den Willen der Kollegen ausgesprochen.

### Demokratische Spitzfindigkeiten.

Begründet wird diese mehr als befremdliche Haltung des Gesamtverbandes damit, daß nach der Gewerkschaftssatzung 75 Prozent der an dem Lohnkonflikt Beteiligten sich für den Streik erklären müßten. Das geht weit über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus, die nur vorschreiben, daß sich 75 Prozent der Stimmberechtigten an der Urabstimmung beteiligen, wobei, wie wir noch einmal betonen, die Kranken und Urlauber unseres Erachtens ausscheiden müssen.

Der fragliche § 33, Absatz 3, in den Satzungen des Deutschen Verkehrsbundes vom Januar 1929 lautet wörtlich:

... Im allgemeinen (!) kann die Zustimmung zum Streik gegeben werden, wenn mindestens drei Viertel der für den Streik in Betracht kommenden Beschäftigten mindestens fünfzehn Wochen organisiert sind und von diesen mindestens drei Viertel sich in geheimer Abstimmung für den Streik entschieden haben. In besonderen Fällen kann der Bundesvor-

bestimmten Vorschlag; sie verlangen Aufhebung der Prohibition, aber Verstaatlichung der Alkoholindustrie (wodurch die Alkoholproduktion am besten kontrolliert werden und außerdem der Bundesregierung eine Einnahme, zu Gunsten anderweitiger steuerlicher Entlastungen verschafft werden kann).

Beschränken wir uns nun im folgenden auf die beiden Arbeiterparteien: Beide wenden sich natürlich gegen den Imperialismus, insbesondere gegen die Einmischung amerikanischer Truppen in China und Latein-Amerika. Beide fordern, daß den Philippinen die Unabhängigkeit gewährt werde und daß die USA die Sowjet-Regierung anerkennen sollen. Außer-

stand auf Antrag der beteiligten Orts-, Bezirks- oder Gauverwaltung Ausnahmen zulassen“ (!)

Es handelt sich also um eine Regelung der Streikzustimmung „im allgemeinen“ und um eine „Kann“-Vorschrift; außerdem sind ausdrücklich Ausnahmen vorgesehen! Wie dem aber auch sein mag, irgend eine Verpflichtung bestand für den Gesamtverband keineswegs, sich nach einer so überwältigenden Willenserklärung der BVG-Kollegen für den Streik und gegen den Lohnabbau, von der Lohn- und Streikbewegung fernzuhalten!

Wie zu erwarten, bläst auch die SP-Presso in dieses Horn; besonders betätigt sich

der „Vorwärts“ als Streiksaboteur.

In der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom Mittwoch wird von „kommunistischer Streikhetze“ gesprochen; der „Vorwärts“ begründet seine feige Haltung gegenüber dem Lohnkampf damit, daß die BVG durch die Notverordnung „unter Druck“ stehe, da nach der Verordnung die Löhne bei der BVG den Löhnen der städtischen Verkehrsarbeiter anzugleichen seien. In der Morgenausgabe schreibt er aber selber, die Gewerkschaften hätten durch Verhandlungen bereits die „buchstäbliche Ausführung“ dieser Notverordnung verhindert. Mit dem „Druck“ auf BVG und Gewerkschaften scheint es also seine besondere Bewandnis zu haben.

Am Mittwoch abend noch wurde eine Streikversammlung abgehalten und eine Streikleitung gewählt, der neben RGO, NSBO-Leuten und Unorganisierten auch Freigewerkschafter angehören. Selbst die Christlichen sollen einen Sitz in ihr haben. Um drei Uhr morgens bezogen die ersten Streikposten ihre Plätze vor den Straßenbahnhöfen, Autobusdepots und U-Bahnhöfen.

In einer besonderen Versammlung nahmen die freigewerkschaftlichen Obleute bei der BVG zu dem Ergebnis der Urabstimmung Stellung und gaben einstimmig ihrer Meinung Ausdruck, daß sie satzungsgemäß nicht streiken dürften.

Kein einziger Wagen fuhr am Donnerstag früh!

Die Hofarbeiter erklärten sich mit dem Fahrpersonal solidarisch und ließen bereits fahrtbereite Wagen nicht aus den Toren. Vereinzelt kam es zu Zwischenfällen.

dem wendet die Sozialistische Partei sich ausdrücklich gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und gegen das (in den USA in Ermangelung der Dienstpflicht bestehende) System der „Freiwilligen Übungen“ und des „R.O.T.C.“ (Reserve-Offiziers-Übungs-Korps). Die Kommunistische Partei sagt zwar nichts hierüber, schließt diese Forderung aber wohl in ihrem Kampf gegen das herrschende System ein.

Eigentümlich ist dagegen die Haltung der KP zu zwei Punkten. Eine große Rolle in der Agitation spielt der sogenannte „Soldier's Bonus“, das sind (neue) Zuwendungen an die Kriegsveteranen. Diese Bevölkerungsgruppe hält sich für be-







# „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.“

## Politische Schlägereien in Duisburg und Mülheim.

Bei einer Schießerei im Stadtteil Beek in Duisburg, die am Mittwoch von Nationalsozialisten anlässlich einer Flugblattverteilung veranstaltet wurde, erhielt ein Kommunist, Heß, einen lebensgefährlichen Bauchschuß, ein Nationalsozialist J a d z o w e k i erhielt Schlagverletzungen am Kopfe. — In Mülheim wurde ebenfalls bei einer Flugblattverteilung ein Kommunist durch einen Messerstich schwer verletzt. Als Täter wurde ein SA-Führer ermittelt und festgenommen.

## Frecher Nazi-Überfall im Gewerkschaftshaus.

Am Mittwoch nachmittag ging ein Nationalsozialist in das Gewerkschaftshaus in Düren, begab sich auf den Boden und schnitt die dort heraushängende Fahne der „Eisernen Front“ ab. Als er mit der Fahne in der Aktentasche weggehen wollte, stellten sich ihm einige Mitglieder der „Eisernen Front“ entgegen. Der Nazi zog einen Revolver und schoß um sich. Ein Hammerschaftsführer erlitt einen Oberschenkel- und Handschuß. Der Täter wurde der Polizei übergeben.

## Überfall auf das Berliner Antikriegsmuseum.

Eine Horde Nazis verübte am Mittwochabend einen Überfall auf das Antikriegsmuseum in der Parochialstraße 29 in

Berlin, riß die Fahne herunter und drang in die Räume ein. Der Gründer des Museums, Ernst Friedrich, stellte sich den SA-Banditen entgegen und hielt einen derselben solange fest, bis die Polizei eintraf; die anderen flohen. Friedrich wurde bei der Schlägerei leicht verletzt.

## Feuergefechte in Hamburg.

Am Baumwall in Hamburgs Innenstadt wurden am Mittwoch morgen eine große Anzahl Schüsse zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten gewechselt. Es wurden insgesamt etwa 12 Personen durch Arm-, Bein- und Knieschüsse verletzt, darunter mehrere unbeteiligte Passanten. Ein Nazi erhielt außerdem noch einen Bauchschuß, ein der Antifa angehörender Matrose einen Knieschuß. Anschließend entstand auch im Gängeviertel eine Schießerei mit der Polizei, die angeblich aus den Häusern beschossen wurde. — Bei einem Zusammenstoß in der Spaldingstraße wurde von den Nationalsozialisten ein Kommunist durch Oberschenkelschuß verletzt.

Unter dem Vorwand dieser Vorkommnisse durchsuchte die Polizei sämtliche Verkehrslöcher der KP und Antifa in Hamburg. Ueber 80 Personen wurden zwangsgestellt.

## Arbeiter, verständigt euch!

### Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren!

„Freie Gewerkschaften oder RGO?“ Mit diesem Thema hatte der Ortsverein Köln des ISK eine öffentliche Versammlung in den Arbeitervorort Köln-Kalk einberufen. Das Thema war besonders aktuell, weil am selben Tag ein von der RGO proklamierter Streik bei der Firma Tietz kläglich zusammengebrochen war. Die Streikparole war kaum befolgt worden. Im Kaufgeschäft streikte nicht ein einziger Angestellter.

Die Kommunisten, die in erheblicher Anzahl in der Versammlung waren, hatten es auf eine Störung abgesehen. Sie verlangten, statt des vorgesehenen Redners sollte ein RGO-Anhänger reden. Das wurde von der Versammlungsleitung abgelehnt. Obwohl selbst RGO-Anhänger sagten, daß es doch eine Sache proletarischen Anstandes sei, die Einberufer der Versammlung auch die Tagesordnung festsetzen zu lassen, verließen die RGO-Anhänger den Saal. Sie wollten den Redner nicht hören.

Das Beispiel der Störung dieser Versammlung zeigt das Grundübel, durch das die Einheitsfront verhindert wird. Denn dort, wo die Arbeiter nicht mehr versuchen, sich durch die Sprache zu verständigen, dort werden Stuhlbock und Biergläser zu Argumenten. Der Bruderkrieg ist da, die Front ist gespalten. Doullich zeigt dies der Streik bei der Firma Tietz. Die Gewerkschaften rufen zur Arbeit, die RGO zum Streik. Der Streik bricht natürlich kläglich zusammen.

Warum nur setzen wir uns nicht in Ruhe zusammen, um das Für und Wider der zur Kritik stehenden Aktionen zu besprechen? Wenn es uns nicht darauf ankommt, auf jeden Fall Recht zu behalten, sondern nur, wenn wir es wirklich haben, denn müssen wir uns doch einigen können. Wir müssen nur alle bereit sein, unseren Verstand zu gebrauchen — wozu hätten wir ihn sonst? — statt in Schlagworten an einander vorbeizureden.  
H. D.

## Die KPD zum sozialdemokratischen Volksbegehren.

Die Parteikonferenz der KPD hat zu dem sozialdemokratischen Volksbegehren gegen den sozialpolitischen Teil der September-Notverordnung Stellung genommen. Nach der Behauptung, daß die Absicht des Volksbegehrens nur die Ablenkung der Massen vom außerparlamentarischen Kampf gewesen sei, entschließt sich die Parteikonferenz doch zu folgender Erklärung:

„Sofern es zu irgendeinem Zeitpunkt zur Durchführung eines Volksbegehrens oder Volksentscheids gegen die Notverordnung der Papen-Regierung oder gegen einen Teil derselben kommt, wird die Kommunistische Partei Deutschlands sich mit allen Kräften für dieses Volksbegehren und diesen Volksentscheid einsetzen.“

Der Reichsinnenminister hat sich noch nicht zur Durchführung des Volksbegehrens geäußert; es werde immer noch dessen Zulässigkeit geprüft!

Sollte es aber stattfinden, so kommt es im Interesse der Einheitsfront darauf an, denen energisch einen Riegel vor den Mund zu schieben, die die „gemeinsame“ Kampagne zur Entlarvung des anderen benutzen möchten; dann kommt alles darauf an, auch in der Durchführung der Kampagne gemeinsam zu arbeiten.

## Generalstreik der Araber in Jerusalem.

Am 2. November, dem 15. Jahrestag der Balfour-Erklärung, traten die Araber in Jerusalem in den Generalstreik. In der Balfour-Erklärung bestätigte die englische Regierung, daß sie der Gründung eines nationalen Heims der Juden in Palästina wohlwollend gegenüber stehe, und stellte so die zionistische Bewegung in den Schutz der englischen Mandats Herrschaft. Die Araber fühlen sich durch die zionistische Einwanderung und Siedlung benachteiligt und sind deshalb Feinde der Balfour-Erklärung.

## Zuchthausstrafen für englische Erwerbslose.

Vor dem Londoner Polizeigericht standen am Mittwoch die 35 Arbeiter, die bei den Versuchen der Erwerbslosen, vor das Parlament zu marschieren, festgenommen worden waren. Sie erhielten Zuchthausstrafen bis zu sechs Monaten.

## Kirchenbesuch gegen Quittung.

Am 31. Oktober (Reformationstag) fiel in den evangelischen Schulen Kassel der Unterricht aus. Die Schüler wurden geschlossen zur Kirche geführt. Ein Schüler, der auswärts wohnt, bat um Urlaub. Dieser Urlaub wurde ihm gewährt unter der Bedingung, daß er in seinem Heimatort am Reformationstag die Kirche besuche und sich den Kirchenbesuch bescheinigen ließe.

Wir gehen herrlichen Zeiten entgegen!

## Eine Mutter kämpft für ihr Kind. Selbstversorgung mit Wohnungen.

R. H. Eine erwerbslose Frau wohnte mit ihrem dreijährigen Jungen in einer Laube in Berlin. Da das Kind krank wurde, konnte sie in der Laube nicht den Winter über bleiben. Das Wohlfahrtsamt weigerte sich jedoch, eine andere Wohnung nachzuweisen, es sei denn, die Frau lege ein Räumungsurteil des Gerichts vor. So kam es, daß am 25. Oktober 150 Erwerbslose vor dem Hause Thiemannstraße 19 in Neukölln erschienen, in dem 11 Wohnungen leerstehen. Sie ließen sich von dem Portier eine Wohnung zeigen, unterdes fuhr ein Handwagen mit Möbeln vor, und plötzlich hatte die leerstehende Wohnung einen neuen Mieter gefunden. Des Portiers Aufforderung an die ungebetene Einquartierung war vergeblich. Das war die Vorgeschichte einer Verhandlung vor dem Mietseignungsamt. Der Vertreter der Wohnungsgesellschaft erklärte, er erkenne wohl die Notlage der Frau, es müsse jedoch die „Rechts“-Lage wieder hergestellt werden (!), seine Gesellschaft könne nur eine kurze Frist für die Räumung zustehen. Die Frau und ihr Vertreter gingen auf keinen Vergleich ein und weigerten sich, die Wohnung zu räumen, bevor das Wohlfahrtsamt eine neue und nicht gesundheitsschädliche beschafft. Urteil: Räumungsbefehl, sofort vollstreckbar, falls nicht 200 Mark hinterlegt würden (oh salomonische Weisheit des Richters, der sich anscheinend vorher nicht über die Höhe des Bankkontos der Erwerbslosen erkundigt hat!).

Ein Schulbeispiel dieser vielgepriesenen und tausendmal verfluchten kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Während Hunderte von Neubauwohnungen leerstehen, gehen andere Menschen, die einen Anspruch auf menschenwürdige Wohnung und menschenwürdiges Leben haben, in eklen Wohnlöchern zu Grunde, ohne daß ein Hahn danach kräht. Und die sogenannten „Wohlfahrtsämter“ treten erst dann mit ihren „Wohltaten“ in Tätigkeit, wenn das Gericht eingreift und ein Urteil vorgezeigt werden kann, das die Frau auf die Straße setzt.

Wenn aber das Vorgehen der Frau Schule macht . . . ?!

## Zur Einsichtnahme in den Religionsunterricht

an den höheren Schulen ist die evangelische Kirche ebenso befugt wie neuerdings wieder bei den Volksschulen — so erklärt wenigstens der Amtliche Preußische Pressedienst, um Zweifel auszuschließen. Bei den höheren Schulen habe dieses Kirchenrecht sogar nie geruht, wie dies bei den Volksschulen 13 Jahre lang der Fall war.

## Die Missionare sollen fliegen. Leider nur buchstäblich.

Der Papst will einen Aufruf an die Katholiken der ganzen Welt richten, um Spenden zum Ankauf von Flugzeugen für Missionare zu bekommen. Zunächst will er 50 Acroplane für die abgelegenen Gegenden anschaffen. Vielleicht sorgen die Bewohner dieser Gegenden dafür, daß die Missionare bald auch anders fliegen werden.

Auch am 6. November ist in Berlin die öffentliche Bekanntmachung der Wahlergebnisse verboten. Natürlich, wenn man es nicht wagt, die Wahlergebnisse den „Besitzigen“, dann kann man schließlich die Ruhe nur sichern, indem man den Bürgern Betrübe verordnet. Und dies ist der Weg des geringsten Widerstandes in einer Zeit, wo die Würde freier Menschen nichts mehr gilt.

Ueber chinesische Märchen und chinesische Antikriegs-Lyrik spricht Ernst Friedrich am Freitag, 4. November, abends 8 Uhr, im Antikriegs-Museum, Parochialstr. 29.

## Kein Platz für ihn.

### Betteln verboten — auch für Krüppel.

Einen traurigen Rekord hält der 28jährige Invalide Walter O. Er ist trotz seiner Jugend in den letzten acht Jahren nicht weniger als 38 Mal vorbestraft worden, und zwar fast ausschließlich wegen Bettelns.

O. verlor in seiner Jugend durch einen Unfall das linke Bein. Er versuchte mit redlicher Mühe, durch ehrliche Arbeit seinen Lebensunterhalt zu erwerben, aber für einen Krüppel ist im Zeitalter der Rationalisierung in keinem Betriebe Platz. So schlug sich O., der keinerlei Rente oder Unterstützung erhält und bitterstem Elend ausgesetzt ist, mit Betteln notdürftig durchs Leben. Neben langen Haft- und Gefängnisstrafen hat ihm die Bettellei auch mehrere Jahre Arbeitshaus eingetragen. Erst im Oktober vorigen Jahres wurde er aus dem Arbeitshaus Rummelsburg beurlaubt; wenige Tage später aber schon wieder beim Betteln erwischt. Um nun nicht ins Arbeitshaus zurückgebracht zu werden, gab er bei seiner Festnahme einen falschen Namen an. Dafür erhielt er jetzt vom Amtsgericht Berlin-Mitte seine 39. Strafe in Höhe von drei Wochen Gefängnis.

Aus Vergütigen wird O. nicht Betteln gegangen sein. Seine vielen Bestrafungen wegen dieses Delikts stellen unserer sozialen Fürsorge ein wahrhaftes Armutszeugnis aus. — Pit.

D 2400, ein neues Schnellflugzeug, ist von den Junkers-Werken fertiggestellt worden. Seine Reisegeschwindigkeit wird etwa 300 km in der Stunde betragen, so daß die Strecken Berlin-Köln und Berlin-München in knapp zwei Stunden zurückgelegt werden können. Die Maschine ist ganz aus Metall, das Fahrgestell kann in den runden Rumpf eingezogen werden. Zwei Führer und vier Fahrgäste können mitfahren. 450 PS-Motor.

Fünf Insassen eines Flugzeuges verunglückten tödlich auf dem Fluge von Nürnberg nach Frankfurt-Main bei Rohrbrunn (Speessart). Das Flugzeug stürzte in einen Wald ab.

## Pflanzen-Butter

(vegetable Margarine)  
garantiert reine Nuß-Fette

Sonder-Angebot:  
Post-Päckchen 8 Pfd. netto nur 2,20 RM.  
Frei Haus gegen Voreinsendung auf  
Postscheck Magdeburg 179 24.

Frischkost-Reformhaus  
Ernst Held, Magdeburg  
Otto v. Guerickestraße 104.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen,  
Klingelanlagen usw. Spezialität:

Anfertigung  
mod. Tisch- u. Nachttischlampen

## G. Funke

Elektrotechniker

GOTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

## Maßarbeit erstklassig und billig

Herrn-Anzüge / Mäntel / Damen-Kostüme

Aufbügeln und Reparaturen

ALFRED ARENSBERG  
Berlin - Reinickendorfer-Ost  
Hinter der Dorf-Aue 14

BERLIN

## KAMERA

Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.

Des großen Erfolgs wegen 2. Woche verlängert  
Die off. Uraufführung des Sowkino-Films:

„Waldmensch“  
Regie: Alex Litwinow.

Beiprogramm: Uraufführung „Diamanten“,  
Neue Fassung „Fischinger Nr. 8“,  
„Riesen des Urwaldes“,  
„Das Gesicht des Tieres“.

Anfangszeit: 18, 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde  
und Leser des  
„Funken“)

Unterstützt  
Eure  
Zeitung!

Werbt Abonnenten!  
Sammelt Anzeigen!  
Gehört bei Einkäufen  
unsere Inserenten!

## Werbe Prospekte Zeitungen Zeitschriften



bei billigster Preisberechnung druckt  
A. Janiszewski  
Buchdruckerei und Verlag, GmbH  
Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Telefon Sammelnummer FI Moritzplatz 8471

## Die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof

zeigen mit unverkennbarer Deutlichkeit das Fiasko der demokratischen Staatsform. Umso unverständlicher ist es, daß noch immer große Teile der organisierten Arbeiterschaft auf die Demokratie schwören.

Die grundsätzliche Auseinandersetzung mit der demokratischen Staatsform sowie mit der Frage der innerparteilichen Demokratie vom Standpunkt des Sozialismus aus, ist enthalten in dem Buch:

## Demokratie und Führerschaft.

Von Leonard Nelson.  
9. Aufl. 1932. 176 Seit. Broschiert 2,40 M. Ganzleinen 3,40 M.

Aus dem Inhalt:

- Demokratie und Führerschaft.
- Ref. Demokratie?
- Diktatur, Parlamentarismus oder Wirtschafts-demokratie?
- Gesundheits der Demokratie.
- Soziale Demokratie?
- Demokratie und Achtung der Masse?
- Selbstregierung der Masse?
- Die Weisheit der Demokratie als die Wissenschaft des Nicht-Wissens.
- Herrschaft der Weisen und demokratische Kontrolle.
- Demokratie und Führerauslese.
- Die Narrenbühne.
- Erziehung zur Demokratie.
- Das Urteil der Staatsmänner.
- Demokratie als Risiko der freien Diskussion nach P a l n i e v á.
- Demokratie als Ueberwindung der Theokratie nach M a s a r y k.
- Demokratie und Faschismus nach N i l l i.
- Ein Kulturdokument.
- Partei-Demokratie.
- Das Ende der Demokratie.
- Diskussionsreden über Demokratie und Naturrecht.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 6 a.  
Postscheckkonto: Berlin 31342.



## Geist von Gayl beherrscht den Aether.

Amtlich werden Grundsätze für eine Neuorganisation des Rundfunks mitgeteilt. Nach diesen Richtlinien werden Entwürfe für die Satzungen und Geschäftsanweisungen der Rundfunkgesellschaften; für die Programm-Richtlinien und für anderes ausgearbeitet, die bereits in wenigen Tagen in den Reichsrats-Ausschüssen erörtert werden sollen.

Die Neuorganisation legt das gesamte Rundfunkwesen ziemlich fest in die Hände der Reichsregierung.

Ein paar Angaben mögen dies zeigen:

1. Die Richtlinien für den Programmdienst verpflichten den Rundfunk zur Aufbauarbeit an Volk und Staat. Die grundsätzlichen Programmfragen werden von der Reichsrundfunkgesellschaft (nicht von den einzelnen Sendegesellschaften) geregelt. Die einzelnen Rundfunkgesellschaften dürfen im Rahmen dieser Richtlinien „selbständig“ ihr Programm aufstellen.

2. Die Anteile an der Reichsrundfunkgesellschaft (einer G. m. b. H.) liegen zu 51 Prozent in Händen der Reichspost, und zu 49 Prozent bei den Ländern, die Sender haben (Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden, Hamburg). Die Mehrheit des Reichs wird also durch die preußischen Anteile, die praktisch in derselben Hand liegen wie die des Reichs, noch verstärkt. An den einzelnen Sendegesellschaften ist zu 51 Prozent die Reichsrundfunkgesellschaft beteiligt; die übrigen 49 Prozent entfallen auf die Länder des Sendebereichs.

3. In dem Aufsichtsorgan der Reichsrundfunkgesellschaft sind der Reichsinnenminister und der Reichspostminister mit je 4, die Länder mit zusammen 7 Stimmen vertreten. Also auch hier eine Mehrheit für das Reich — von den preußischen Stimmen ganz abgesehen.

4. Die Personal- und Programmpolitik untersteht bei der Reichsrundfunkgesellschaft zwei Kommissaren: einem Kommissar des Reichspostministers (für Verwaltung und Technik) und einem Kommissar des Reichsinnenministers (für das Programm). „Der Einfluß des Reiches auf die Personalpolitik bei den Rundfunkgesellschaften ist auf dem Wege über die Reichsrundfunkgesellschaft gesichert. Die Kommissare können einzelne Darbietungen aus politischen Gründen verbieten...“

Diese Neuorganisation läuft darauf hinaus, daß in Zukunft das Einschalten deutscher Sender nichts anderes bedeutet, als Papen oder die von ihm engagierten Prediger in einem fort predigen zu hören. Um die kulturelle Aermlichkeit eines solchen Zustandes zu verstehen, stelle man sich mal vor, in Deutschland dürfe nur das gedruckt werden, wovon Papen und Gayl wünscheten, daß die deutschen Untertanen es läsen! So etwa sieht es im Rundfunk aus.

Austräten aus dieser Papen-Kirche!  
Ausschalten, und zwar durch Abbestellen!

## Die „alten Herren“ in Gunst bei den neuen „alten“.

„Man muß über Konnektionen (gute Verbindungen) verfügen“, hieß es im „alten Deutschland“ für den, der höherer Beamter werden wollte.

Bei den unglaublichen Papen'schen Verkehrsreformen, über die der bayerische Ministerpräsident einiges erzählt hat, berührt die Nachricht wie Hohn, daß Papen demnächst nicht nur die Regierungen in Dresden, Stuttgart und Karlsruhe, sondern auch die in Darmstadt besuchen will. Diese sollten sich überlegen, was sie sich nach den Münchener Erfahrungen von einer solchen Visite versprechen können.

## Zwei preußische Gemeindefinanzverordnungen — und keine Finanzhilfe.

t. Als Ersatz für die dringend notwendige Finanzhilfe werden den preußischen Gemeinden von Herrn Bracht zwei Notverordnungen gewidmet.

Die Gemeindefinanzverordnung gibt nach der amtlichen Darstellung dem Gemeindevorstand sowohl bei der Beschlussfassung über den Haushaltsplan als auch nach dessen Verabschiedung gegenüber solchen Beschlüssen der Vertretungskörperschaft, die die Leistung neuer Ausgaben, Mehrausgaben oder die Verminderung von Einnahmen zur Folge haben würden, ein Widerspruchsrecht, soweit durch derartige Beschlüsse der Vertretungskörperschaft der Haushaltsausgleich gefährdet wird. Des weiteren schließt sich die Erörterung von Anträgen der obengenannten Art in der Vertretungskörperschaft und in dem kollegialen Gemeindevorstand aus, wenn ihnen nicht gleichzeitig ein geeigneter und rechtlich zulässiger Deckungsvorschlag beigelegt ist.

Die Verordnung stellt ferner unter anderem ausdrücklich die Verantwortung der Gemeindebeamten fest, die bei der Ausführung des Haushaltsplans Zahlungen leisten oder Maßnahmen treffen, die zwangsläufig zu Haushaltsüberschreitungen führen oder solche darstellen.

Schließlich will die Verordnung das Eingreifen der staatlichen Aufsichtsbehörde dadurch in möglichst vielen Fällen entbehrlieh machen, daß die Beschlussfassung „im Falle eines Versagens der Vertretungskörperschaft“ — wann liegt sie vor? — zunächst dem Gemeindevorstand und gegebenenfalls seinem Vorsitzenden übertragen wird. Erst wenn auch diese Stellen versagen — was ist das Kennzeichen dafür? —, soll ein Eingreifen der Aufsichtsbehörden erfolgen.

Die gleichzeitige Verordnung über die Aufstellung von Stellenplänen in Gemeinden und Gemein-

Der bayerische Ministerpräsident hielt am Mittwoch in einer Pressekonferenz in München eine Rede, deren Schärfe er durch die Vorbemerkung unterstrich, daß seine Ausführungen nicht vertraulich seien. Wir bringen hier die wichtigsten Stellen.

## Papensche Versprechungen.

Der Reichskanzler habe ihm im August erklärt, noch nie habe ein Mann auf seinem Stuhle gesessen, der so föderalistisch gesinnt sei wie er. Held könne sich darauf verlassen, daß er nichts in der Reichsreform unternehmen werde, ehe er sich nicht mit ihm und den anderen Ländern verständigt habe. Die gleichen Zusicherungen habe ihm auch der Reichsminister des Innern gemacht.

Beim Münchener Besuch des Kanzlers sei dessen Zeit derart in Anspruch genommen gewesen, daß es für Held nahezu unmöglich gewesen sei, mit ihm ernsthafte politische Fragen zu besprechen.

Er habe darum eine Autofahrt benützt, ihn zu bitten, um Gotteswillen in der Reichsreformfrage nichts zu unternehmen, ohne sich vorher mit den Ländern geeinigt zu haben. Der Kanzler habe ihm das wiederum zugesichert. Das gleiche sei dann wieder durch Herrn von Gayl auf dessen bayerischer Ostmarkenfahrt geschehen. Versprechungen materieller Art und in konkreter Hinsicht seien allerdings nicht zu erreichen gewesen.

## Papen telefoniert.

Am Sonnabend habe ihm Herr von Papen am Telefon gesagt, mit seinem Protestschritt beim Reichspräsidenten werde er nichts erreichen, als das morgen die Berliner Presse schreibe, Held leiste Otto Braun Hilfsdienste. Er, Held, habe darauf erwidert, das sei ihm höchst gleichgültig, da er das Recht seines Landes und die Wahrheit zu verteidigen habe. Immerhin werde

eine derart verächtliche Kampfweise durch Unterschlebung falscher Motive niemals die Größe seiner eigenen Verachtung erreichen.

## Höflichkeit.

Ganz falsch sei die Berliner Behauptung, die bayerische Regierung sei durch ihren Gesandten über die Absichten der Reichsregierung rechtzeitig orientiert worden. Herr v. Preger sei am Sonnabend vormittag auf Grund privater Gerüchte, die in München eingelaufen seien, beauftragt worden, festzustellen, was die Reichsregierung plane. Preger sei

## Der Stand des Kampfes um Preußen.

Die Regierung Braun tollte am Mittwoch mit: „In der heutigen Staatsministerialsitzung stellten die Staatsminister übereinstimmend fest, daß die Reichsregierung ihre Pflicht, die nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zu Unrecht ihres Amtes enthobenen preußischen Staatsminister wieder in ihre Ämter als Staatsminister und Landesregierung einzusetzen, bis heute nicht erfüllt hat.“

Hierzu läßt die Reichsregierung erklären: Diese Mitteilung sei

## irreführend.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes habe keineswegs der Reichsregierung die Pflicht auferlegt, die preußische Staatsregierung „formell“ wieder in ihr Amt einzuführen, sondern lediglich die Pflicht, der Regierung Braun „die Ausübung fest umrissener Befugnisse zu ermöglichen“.

## Husarenritt nach Papens Muster.

Der nationalsozialistische Regierungspräsident des oldenburgischen Landestells Eutin, Böhnker, hat am Mittwoch den deutschnationalen Bürgermeister von Eutin, Stoffregen, für abgesetzt erklärt, ihn durch einen Polizeihauptmann und ein Kommando Ordnungspolizei abführen lassen, und seine Stelle vorläufig mit den nationalsozialistischen Ratsherrn Kahl besetzt. Der abgesetzte Bürgermeister hat beim oldenburgischen Staatsministerium protestiert, die deutschnationale Partei in Eutin hat telegraphisch Herrn von Gayl um Einschreiten gebeten.

von Staatssekretär Planck im Auftrage des Reichskanzlers empfangen worden, der ihm aber keinerlei Auskünfte gab, da angeblich noch alles streng vertraulich sei, und

ihn darauf verwies, einen Artikel in der „B Z am Mittag“ zu lesen, —

auch eine neue Manier, den amtlichen Beauftragten Bayerns zu behandeln. Infolgedessen sei ihm nichts anderes übriggeblieben, als sich mit seinem Protest an Hindenburg zu wenden. Hindenburg habe dann den Reichskanzler beauftragt, der bayerischen Regierung mitzuteilen, daß sie von falschen Voraussetzungen ausgehe. Es sei aber fraglich, ob der Reichskanzler wirklich kompetent sei, derartig die Verfassung auszulegen. Er, Held, der sich seit Jahren mit diesen Dingen befaßt,

brauche jedenfalls keine Aufklärung mehr über sie.

## Der Kernpunkt für Bayern.

Was den preußischen Ministern passiere, — wer garantiere ihm, daß es ihm nicht eines Tages genau so gehe. Man könne ja dann einfach sagen, der bayerische Ministerpräsident beunruhige das Land und gefährde so die öffentliche Sicherheit und Ordnung, und der Maulkorb sei fertig.

In Wirklichkeit habe die Reichsregierung mit ihrem Vorgehen in Preußen das Kernstück der Reichsreform gelöst, ohne ihren Zusicherungen gemäß die Länder zuzuziehen und ohne das Leipziger Urteil zu berücksichtigen.

Im übrigen aber widerspreche diese Umorganisation schon dem provisorischen Charakter, den das Reichskommissariat haben müsse, ein neuer Beweis dafür, daß diese Politik nicht mehr mit der Verfassung übereinstimme. Er habe also alle erdenklichen Versuche gemacht, die Reichsreform nicht ohne Einschaltung der Länder vor sich gehen zu lassen, aber über immer wiederholte leere Versprechungen der Reichsminister sei er nicht hinausgelangt und auch die seien nicht einmal gehalten worden.

Solle er nun auf die Worte dieser Männer noch weiter etwas geben?

Jedenfalls werde er nicht Gewalt vor Recht gehen lassen und wenn er dabei untergehen müsse. Die Berliner Drohungen allerdings, den sogenannten diplomatischen Verkehr mit Bayern abzubrechen, seien töricht. Man solle doch abwarten, wer schlechter dabei fahre, das Reich oder Bayern. Er sei weiterhin bereit, sich jederzeit mit Papen sachlich auszusprechen.

Eine für Braun und seine Kollegen besonders beleidigende Äußerung geht der Presse aus der Umgebung Brachts zu. Bracht kann die Erklärung Brauns über die Pflichtverletzung des Reichs nur als einen Streit um die Amtsräume verstehen! Bracht habe der Regierung Braun

„ausreichende und würdige Räume“ im Wohlfahrtsministerium zur Verfügung gestellt; diese lägen in der Nähe des Staatsrates und des Landtages, seien also für die Aufgaben der Regierung Braun durchaus geeignet. Bracht würde es bedauern, wenn Braun sich aus Prestigegründen

von anderen Leuten dazu verleiten ließe, auf einem demonstrativen Wiedereinzug in die Räume in der Wilhelmstraße zu bestehen. (Einige Beleidigungen durch Fettdruck von uns hervorgehoben, Red.)

Die Methoden, die Papen am 20. Juli eingeführt hat, wenden sich hier nicht nur gegen seine Partifreunde, sondern erhöhen in diesem Fall außerdem die Schwierigkeiten gegenüber den Ländern, die Papen sich durch seine Herausforderung Bayerns eingebrocht hat.

## Gottes Wahl traf Herrn von Gayl.

Der genannte Herr hielt schon wieder eine Rede: am Mittwoch auf einer Gustav-Adolf-Kundgebung in Berlin. Hier nur eine Kostprobe seines Gelstes:

„Alle wirklich großen Führer eines Volkes oder einer Glaubensgemeinschaft sind Gottes Werkzeuge gewesen, gleichviel, ob sie sich dessen bewußt waren oder nicht. Gottes Wahl trifft aber nur solche Männer und gibt ihnen Erfolg, die erfüllt sind von tiefstem Verantwortungsgefühl vor einer höheren Macht.“

„Deutschtum und Christentum sind nicht mehr voneinander zu trennen. Wir müssen einen christlichen Staat bilden, wenn wir der seelischen Not unserer Zeit Herr bleiben wollen.“

## KP weist Boxheimer Fälschung zurück.

Das ZK der KPD hat gegen den plumpen Versuch der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz, der KP eine Art Boxheimer Dokument unterzuschleiben, Stellung genommen. Den Sinn der Fälschung sieht das ZK u. a. darin, „die wachsende Zersetzung in den Formationen der nationalsozialistischen SA und SS aufzuhalten und putschistische und terroristische Pläne zu verschleiern, wie sie seitens der Hitler-Partei für die Tage nach dem 6. November, entsprechend ihren Terrorakten nach den letzten Reichstagswahlen, erneut vorbereitet sind.“

Demgegenüber fordert das ZK die Arbeiter zu Wachsamkeit und Disziplin auf. Zur Frage des individuellen Terrors nimmt es bei dieser Gelegenheit erneut in der bekannten Weise Stellung: „Unter entschlossener Einhaltung der in allen Beschlüssen der KPD festgelegten Linie des revolutionären Massenkampfes und unter

restloser Ablehnung und Bekämpfung aller Versuche, die Arbeiterschaft zu putschistischen oder individuell-terroristischen Handlungen zu provozieren,

wird das deutsche Proletariat erfolgreich gegen „wirtschaftliche Ausbeutung und politische Entrechtung kämpfen.“ Der Schlußsatz spricht von der Befreiung „von kapitalistischer Ausbeutung und nationaler Unterdrückung durch das Versailler System“. Es hat leider den Ansehen, daß zur Zeit keine Erklärung der KPD erscheinen kann, in der nicht das Wort „national“ vorkommt.

# Das chinesische Agrarproblem.

## Seine Bedeutung für China und für die Weltwirtschaft.

Es war im Jahre 1919, als ein kluger Mann, Professor John Dewey, das Wort prägte, „daß alle Wurzeln eines künftigen großen Krieges tief im chinesischen Boden stecken“. Heute, nachdem der chinesisch-japanische Streit um die Mandschurei seit einem Jahr die Welt erschüttert, nachdem der Völkerbund infolge seiner Passivität gegenüber dem japanischen Raubzug und 'Intrigenspiel' alles Ansehen verloren hat, ist die von Ostasien her drohende Kriegsgefahr akuter

den je. Und der Kampf um die Mandschurei ist tatsächlich die Folge der japanischen Bodenverhältnisse, die den japanischen Kapitalismus zur Eroberung neuen Koloniallandes zwingen, und die Folge der chinesischen Bodenverhältnisse, die die Ohnmacht des chinesischen Staatswesens bedingen. Darum ist es nicht nur wirtschaftspolitisch interessant, sondern auch in politischer Hinsicht lehrreich, die chinesischen Agrarverhältnisse etwas näher zu betrachten.\*)

Heimindustrie stark geschädigt. Aber diese Einflüsse sind doch im wesentlichen auf die Küstengebiete beschränkt geblieben, und gerade hier hat der fremde Handel auch für das Kleingewerbe viele neue Arbeitsmöglichkeiten eröffnet. Auf jeden Fall darf ein Rückgang in der Zahl der Heimarbeiter in China — falls ein solcher überhaupt vorhanden ist! — nicht verantwortlich gemacht werden für die Entstehung der Millionen-Arbeitslosigkeit.

## Statistik der Bodensperre.

China ist heute noch ein Agrarstaat. Von den 420 bis 450 Millionen Einwohnern — die Schätzungen gehen so weit auseinander — gehören 80 bis 85 Prozent zur Landbevölkerung. Dieser Prozentsatz schließt allerdings auch Handwerker, Gewerbetreibende und andere Berufe des Dorfes ein, sodaß wahrscheinlich nicht über 70 Prozent des gesamten Volkes tatsächlich zur landwirtschaftlichen Bevölkerung zählen.

Die Größe und Zusammensetzung der ländlichen Bevölkerung ergibt sich aus den folgenden Zahlen. Die Ziffern wurden von der Bodenkommission des Zentralvolzugsrats der Kuo Min-tang am 22. April 1927 veröffentlicht.

### A. Die Größe der ländlichen Bevölkerung.

Die chinesische Landbevölkerung zählt 56 Millionen Familien zu durchschnittlich 6 Köpfen, das sind 336 Millionen Personen oder 80 Prozent der Gesamtbevölkerung Chinas von 420 Millionen.

### B. Die Zusammensetzung der ländlichen Bevölkerung.

Die Hauptgruppen der Landbevölkerung sind folgende:  
Landeigentümer . . . . . 150 Millionen (= 45 Prozent)  
Pächter . . . . . 136 Millionen (= 40 Prozent)  
Landarbeiter . . . . . 30 Millionen (= 9 Prozent)  
Personen ohne Beruf . . . . . 20 Millionen (= 6 Prozent)

Bei den einzelnen Gruppen sind jeweils die Familienangehörigen mitgezählt.

Die Landeigentümer bilden keine einheitliche Schicht, sie zerfallen vielmehr je nach der Größe ihres Besitztums in sozial völlig verschieden zu bewertende Gruppen:

Besitzgröße in Mu (1 Mu = 1/10 Hektar)	Zahl der Landeigentümer in Prozenten aller Landeigentümer
Arme Bauern . . . . . bis 10 Mu	44
Mittlere Bauern . . . . . 10 bis 30 Mu	24
Reiche Bauern . . . . . 30 bis 50 Mu	16
Kleine Grundbesitzer . . . . . 50 bis 100 Mu	11
Große Grundbesitzer . . . . . 100 und mehr Mu	5

Daraus ergibt sich folgende Uebersicht über die Gliederung der Landbevölkerung:

Große Grundbesitzer . . . . .	2 Prozent der gesamten Landbevölkerung
Kleine Grundbesitzer . . . . .	4 Prozent der gesamten Landbevölkerung
Reiche Bauern . . . . .	7 Prozent der gesamten Landbevölkerung
Mittlere Bauern . . . . .	12 Prozent der gesamten Landbevölkerung
Arme Bauern . . . . .	20 Prozent der gesamten Landbevölkerung
Pächter . . . . .	40 Prozent der gesamten Landbevölkerung
Landarbeiter . . . . .	9 Prozent der gesamten Landbevölkerung
Personen ohne Beruf . . . . .	6 Prozent der gesamten Landbevölkerung

Die größte Gruppe der Landbevölkerung ist die der Pächter. Ihre soziale Lage ergibt sich aus der Tatsache der Parzellenverpachtung in China. Der Großgrundbesitz hat hier nicht wie in Osteuropa zum landwirtschaftlichen Großbetrieb geführt. Solche Großbetriebe gibt es fast gar nicht in China. Der Großgrundbesitz ist vielmehr in einzelne Pachtäcker geteilt, sodaß die

Ausbeutung der Landbevölkerung vor allem durch den Pachtzins geschieht.

### C. Die Bodenverteilung.

Der größte Teil der Landbevölkerung, nämlich 55 Prozent, besitzt keinen eigenen Grund und Boden, sondern bearbeitet als Pächter oder Landarbeiter das Land, das den Grundbesitzern und reichen Bauern gehört.

Die Verteilung des Landes unter die Landeigentümer ergibt sich aus der folgenden Uebersicht:

	Prozent des kultivierten Bodens
Arme Bauern (mit weniger als 10 Mu Land) . . . . .	6
Mittlere Bauern (mit 10 bis 30 Mu Land) . . . . .	13
Reiche Bauern (mit 30 bis 50 Mu Land) . . . . .	17
Kleine Grundbesitzer (mit 50 bis 100 Mu Land) . . . . .	21
Große Grundbesitzer (mit 100 und mehr Mu Land) . . . . .	43

### D. Die Klassenschichtung der Landbevölkerung.

Aus diesen Uebersichten ergibt sich die Gliederung der Landbevölkerung in die drei Klassen:

der landbedürftigen Bevölkerung, der Mittelbauern und der Agrarkapitalisten. Unter Agrarkapitalisten verstehen wir hier die Personen, die auf Grund des Grundeigentums an Grund und Boden die Möglichkeit haben, andere Menschen auszubuten.

Die landbedürftige Bevölkerung umfaßt die Besitzlosen (in der Hauptsache Pächter und Landarbeiter) und armen Bauern mit weniger als 10 Mu (weniger als 1/2 Hektar) Land:

Ohne Eigentum . . . . .	55 Prozent der Landbevölkerung
Arme Bauern . . . . .	20 Prozent der Landbevölkerung

Landbedürftige Bevölkerung 75 Prozent der Landbevölkerung

Diese 75 Prozent der ländlichen Bevölkerung besitzen als Eigentum nur 6 Prozent des kultivierten Bodens.

Die Mittelbauern (mit 10 bis 30 Mu Land), jene mittlere Schicht der bäuerlichen Bevölkerung, die in der Hauptsache ohne fremde Arbeitskräfte den eigenen Grund und Boden bearbeitet, umfaßt 12 Prozent der Landbevölkerung und besitzt als Eigentum 13 Prozent des kultivierten Bodens.

Das ist die Gruppe der Landbevölkerung, die eine gesunde mittelständische Existenz führt und genügend Grund und Boden besitzt.

Die Kapitalisten innerhalb der Landbevölkerung (reiche Bauern, kleine und große Grundbesitzer) umfassen

der Zahl nach eine Gruppe, die mit 13 Prozent der Landbevölkerung etwa ebenso groß ist wie die der Mittelbauern. Diese Gruppe besitzt jedoch als Eigentum 81 Prozent des kultivierten Bodens.

In diesem Zahlenverhältnis kommt die ganze Schwere des chinesischen Agrarproblems, die große Ungerechtigkeit der Landverteilung zum Ausdruck.

75 Prozent der Landbevölkerung, die Landproletariat, besitzen 6 Prozent des Bodens.  
13 Prozent der Landbevölkerung, die Landkapitalisten, besitzen 81 Prozent des Bodens.

Hier liegt die Ursache der chinesischen Agrarrevolution. Hier liegt die Ursache des Räuberwesens, der Generalskriege und der Zersplitterung des Landes. Hier liegt die Ursache der ungeheuren Reservearmee, die eine furchtbare Ausbeutung der chinesischen Industriearbeiter ermöglicht.

### Die Reservearmee kommt vom Land.

Es gab in China bereits vor 2000 Jahren Arbeitslose, zu einer Zeit also, da noch keine Maschinen im modernen Sinne betrieben wurden. Die Arbeitslosigkeit von damals fand ihren Ausdruck in Raubkriegen und Unruhen, Hungersnot und Leibeigenschaft. Die Ursache lag damals wie heute in der Sperre des Bodens durch die Großgrundbesitzer gegenüber den Bauern, die ihn bearbeiten wollten.

Diese Tatsache wird auch von dem Kommunisten Wittfogel bestätigt, der auf Seite 384 seines Buches „Wirtschaft und Gesellschaft Chinas“ (Leipzig 1931) schreibt: „Für die Agrargeschichte Chinas ist der Kampf zweier Tendenzen charakteristisch, deren eine das immer erneute Hindrängen der bäuerlichen Produzenten zum kleinen Eigentum am Boden, deren zweite die Enteignung des bäuerlichen Kleineigentümers und seine Umwandlung in einen landarmen oder landlosen Halb- oder Ganzpächter darstellt.“

Die heutige Arbeitslosigkeit in China — sie betrifft etwa 15 Millionen Menschen zuzüglich Familienangehörige! — ist grundsätzlich nichts anderes als die vor Jahrhunderten. Darum besteht keine Veranlassung, die Ursache der Arbeitslosigkeit heute anderswo zu suchen als damals, sei es in der Industrialisierung Chinas oder in der Einwirkung der außerchinesischen Industrie.

Die Einfuhr billiger europäischer Industrieerzeugnisse hat allerdings in manchen Bezirken das Handwerk und die

## Land genug in China!

China ist ein äußerst dicht bevölkertes Land. In den 18 Provinzen wohnen durchschnittlich etwa 107 Personen auf dem Quadratkilometer. In einigen Provinzen ist der Durchschnitt aber weit größer. So beträgt er zum Beispiel in der Provinz Honan: 177, in Schantung: 215, in Tscheikiang: 234, in Kiangsu: 342. Die Gesamtbevölkerung dieser vier Provinzen betrug 1920 rund 115 Millionen. (In Deutschland wohnen durchschnittlich 134 Personen auf dem Quadratkilometer, in dem Industrieland Sachsen 333, im Saargebiet 402, in Belgien 245.)

Und dennoch gibt es in China noch Land genug, um die wachsende Bevölkerung zu ernähren. Das in den Jahren 1914 bis 1916 bebaut Land umfaßt eine Fläche von rund 1500 Millionen Mu.

In China leben heute rund 50 Millionen Bauernfamilien zu je 6 Köpfen.

Ein chinesischer Pächter mit einer Anbaufläche von 30 Mu kann seine Familie ernähren, obwohl er die Hälfte der Ernte an den Grundbesitzer abliefern muß. Als selbständiger Bauer braucht er also nur die Hälfte, um ebenso leben zu können wie vordem, das sind 15 Mu (weniger als ein Hektar!).

Wenn diese Berechnung auch nur grob und unvollkommen ist, so zeigt sie doch mit ziemlicher Sicherheit, daß

das bebaut Land ausreicht für rund 100 Millionen Bauernfamilien.

Es kann demnach rund doppelt so viel Menschen ernähren wie heute, selbst bei dem heutigen niedrigen Stand der landwirtschaftlichen Technik.

Damit sind wir am Ende unserer kurzen Betrachtung der chinesischen Agrarverhältnisse angelangt. Die Gegenwart ist so dunkel, wie es in den dunkelsten Zeiten der langen Geschichte dieses Bauernvolkes kaum der Fall war. Und doch liegt der Weg in die Zukunft offen. Raum genug ist vorhanden für eine tätige Landbevölkerung. Raum genug, um das Arbeitslosenheer aufzunehmen. Die Massen brauchen nicht weiter in die Städte zu strömen. Das Industrieproletariat hat es nicht nötig, sich von den Unternehmern auspressen zu

In der Landwirtschaft kann von Industrialisierung und Maschinisierung noch keine Rede sein. Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten ist bedeutend gestiegen, unter dem Einfluß des Handels mit den fremden Industriestaaten einerseits und des wachsenden Bedarfs der chinesischen Großstädte andererseits. Hierdurch ist aber auch die Beschäftigungsmöglichkeit in der Landwirtschaft größer geworden.

In der Industrie selber hat sich für Millionen chinesischer Arbeitskräfte eine neue Arbeitsmöglichkeit eröffnet. Die meisten der 5 Millionen chinesischen Industriearbeiter werden in einigen wenigen Großstädten beschäftigt. Diese Großstädte haben aber erst unter dem Einfluß der Industrialisierung und der damit in enger Verbindung stehenden Entfaltung von Handel und Verkehr ihren heutigen Umfang angenommen. Hongkong beispielsweise war vor 50 Jahren ein kleines Fischerdorf mit wenigen Einwohnern. Jetzt beherbergt diese (heute britische) Insel mehr als 850 000 Chinesen. Schanghai war vor 50 Jahren ebenfalls eine verhältnismäßig kleine Stadt. Heute ist es mit mehr als drei Millionen Einwohnern die größte Industriestadt des Landes.

Von den Hunderttausenden von Proletariern Schanghais stammen nach einer chinesischen Untersuchung aus dem Jahre 1926 etwa 27 Prozent aus der Umgegend der Stadt, 43 Prozent aus anderen chinesischen Provinzen, und nur 30 Prozent sind in der Stadt selber geboren.

Diese Entwicklung Schanghais ist ein gutes Beispiel dafür, daß auch in China die Industrie nicht die Arbeitslosen geschaffen hat, sondern daß sie die Arbeitslosen aus den industriearmen Gebieten heranzieht. Also nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch die große Mehrzahl der industriellen Arbeiter ist vom Lande gekommen. Die Zahl derer, die aus alten Gewerben kamen, reicht nicht aus, um das Wachstum der großen Industriestädte zu erklären. Die industrie-kapitalistischen und imperialistischen Verhältnisse in diesen Städten haben dann ihrerseits die wirtschaftliche Ausbeutung auf dem Lande weiter verschärft und dadurch die Reservearmee weiter anwachsen lassen.

Die Bodensperre ist also die Ursache der Arbeitslosigkeit in China. Die Arbeitslosen wurden nicht durch die Maschine freigesetzt, sie sind vielmehr vom Land gekommen. Nicht nur die 2 Millionen Soldaten, sondern auch die Millionen Räuber; nicht nur die Millionen Arbeiter, die die großen Städte besiedelten, sondern auch die Millionen, die ins Ausland wanderten; nicht nur die Arbeitslosen von heute, sondern auch die der vergangenen Zeiten: sie alle sind, wie wir gezeigt haben, vom Land gekommen.

lassen. Und wenn durch Aufhebung der Bodensperre auch nicht die gesamte wirtschaftliche Ausbeutung beseitigt wird, so bleibt es doch entscheidend wichtig, daß Land in China genug vorhanden ist, um jedem eine Arbeits- und Ernährungsmöglichkeit zu schaffen.

Aber es fehlt einer, der das Land richtig verteilt. Sun Yat-sen, der Schöpfer der chinesischen Republik, hat die Ursache der chinesischen Wirtschaftsnot klar erkannt. Er sagt in seinem Wirtschaftsprogramm:

„Die stärkste Ursache aller wirtschaftlichen Ungleichheit in einer Gesellschaft besteht darin, daß sich der

Grund und Boden in den Händen einer kleinen Minderheit befindet, die ihn zum Nutzen ihrer privaten Interessen beherrscht. Es ist daher notwendig, daß der Staat Statuten festsetzt, die die Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden und die Einziehung der Bodensteuer regulieren. Das Land, das von privaten Eigentümern besessen wird, ist der Regierung anzugeben, die die Höhe der Steuern nach dem Werte des Landes bemessen, und die, wenn nötig, das Land von den privaten Eigentümern zu dem von ihnen angegebenen Preise kaufen wird. Dies ist der Sinn des Prinzips der gleichmäßigen Verteilung des Landesbesitzes.“

Sun Yat-sen hat die verhängnisvolle Wirkung der Bodensperre klar erkannt. Wie weit seine Vorschläge zu ihrer Beseitigung dienen könnten, sei hier dahingestellt. Seine Nachfolger haben jedenfalls entscheidende Schritte zu einer radikalen Agrarreform bisher nicht unternommen, wenn man nicht eine Agrarverordnung der Nanking-Regierung vom Juli 1930 als solchen ersten Schritt ansehen will. Wir werden über den Inhalt dieser Verordnung in einem späteren Aufsatz berichten, bemerken aber heute schon, daß wir ihre Durchführung von Seiten dieser Regierung nicht für wahrscheinlich halten.

So herrschen auch heute noch Not und Elend im Land; darum herrscht Bürgerkrieg und Hungersnot; darum stößt und drängt das Arbeitslosenheer in die Städte und schafft dort geradezu erbärmliche Arbeits- und Lohnverhältnisse für das Proletariat.

## Chinas geringe Kaufkraft verschärft die Weltkrise.

Seit Marx wissen die Sozialisten aller Länder, daß „der letzte Grund aller wirklichen Krisen“ in der „Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen“ liegt. Die bürgerlichen Nationalökonomien bestreiten immer wieder die „Kaufkrafttheorie“, weil sie nicht in ihre kapitalistische Klassenökonomik hineinpaßt.

Umso interessanter ist es, daß eine kapitalistische Zeitschrift, die „Deutsche Wirtschaftszeitung“ (Nr. 6, vom 11. Februar 1932), in einem Aufsatz von Professor Hermann Lovy darauf hinweist, welch gewaltiges Kaufkraftreservoir China darstellt und welch ungeheure Entwicklungsmöglichkeiten für die gesamte Weltwirtschaft in diesem bisher unentfalteten Absatzmarkt gegeben sind. Lovy schreibt:

„China weist etwa 25 Prozent der Weltbevölkerung auf! Aber pro Kopf der Bevölkerung gesehen gibt es in der ganzen Welt kein Land mit so geringer Kaufkraft.“

Dieses China mit fast einem Viertel der Weltbevölkerung ist bisher nur in der Lage gewesen, 2 Prozent des Wertes des gesamten Welthandels zu repräsentieren. Selbst auf Indien kommen noch 26 Schillinge pro Kopf. Auf China nur: etwa

12 Schillinge. Wenn es gelänge, Chinas Außenhandel wenigstens pro Kopf auf die Höhe dessen von Britisch-Ostindien zu heben, so würde der Außenhandel der Welt im Jahre um 6 Milliarden Mark vergrößert werden können. Unzweifelhaft sind hier ungeheure Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden. . . . Heute befinden sich

70 Prozent der chinesischen Bevölkerung, wie die englische Studienkommission hat feststellen müssen, „unter der poverty line“ (unterhalb der Armutsgrenze, K. H.), gewissermaßen

unter dem sozialen Nullpunkt. Aber wenn die soziale Zivilisierung Chinas kommt, so werden diejenigen Länder, welche China mit allen Mitteln der modernen Zivilisation beliefern, an ihm reich werden.“

Die „Zivilisierung Chinas“, von der dieser kapitalistische Professor spricht; hat zur Voraussetzung, daß die Bodensperre in China beseitigt wird. Denn: wie überall in der Welt, so gilt auch für China das Wort von Karl Marx:

„die Expropriation der Volkmasse von Grund und Boden bildet die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise.“

Karl Hinkel.

\*) Für eine eingehende Orientierung empfehlen wir das Buch von Kuo Shien-yen und Karl Hinkel: „4600 Jahre China.“ 141 Seiten. Verlag „Öffentliches Leben“. Ueber die japanischen Bodenverhältnisse vergleiche Nr. 148 des „Funkens“.